

© Neue Zürcher Zeitung; 25.06.2011; Ausgaben-Nr.  SMD schweizer mediendatenbank

146; Seite 14

Schweiz (il)

Herausgegriffen

Boykottiert Boykotte

Rainer Stadler (ras)

Rainer Stadler · «Israelische Produkte? Kaufe ich nie!» Mit dieser Schlagzeile erschien in der neusten «WoZ» eine vierseitige Beilage, welche das Publikum ermuntert, keine Waren aus Israel zu kaufen. Zum Boykottaufruf bekennen sich bekannte Politiker aus dem linken Lager, unter ihnen André Daguét, Geri Müller, Daniel Vischer, Therese Frösch, Andrea Hämmerle und Joseph Zisyadis. Unterschrieben hat auch der ehemalige Nahostkorrespondent der NZZ Arnold Hottinger.

Herbert Winter, Präsident des Israelitischen Gemeindebundes (SIG), hat kein Verständnis für diese Aktion. Sie erinnere ihn, so sagte er Radio DRS, an die Nazizeit, als die Deutschen aufgefordert wurden, nicht bei Juden einzukaufen.

Muss man Winters Bedenken teilen? Ja und nein. Nein insofern, als sich die nationale Kampagne explizit gegen die israelische Besetzungspolitik, aber nicht gegen die Juden richtet. Zudem hat sie eine zeitliche Grenze: Die Aktion solle so lange dauern, bis Israel das Völkerrecht einhalte und die Rechte der Palästinenser anerkenne, heisst es auf der Beilage. Unabhängig davon, ob man die Ansichten der Initianten teilt – hier handelt es sich um eine politisch legitime Forderung, die man nicht mit dem Vorwurf des Antisemitismus beiseitewischen kann.

Dennoch macht einen die Aktion misstrauisch. Die von den Initianten gewählte Formulierung «Kaufe ich nie» bringt eine Absolutheit zum Ausdruck, die über das Erreichen eines bestimmten Ziels hinausreicht. Ein Blick auf die Kampagnen-Website von BDS – das Kürzel steht für Boykott, Desinvestition, Sanktionen – bekräftigt den Verdacht. Hier findet man eine Vielzahl von Kampagnen gegen Israel, etwa gegen die Teilnahme des Landes an der Fussball-WM, ferner Aktionen gegen israelische Diamanten, gegen den israelischen Tourismus, für die internationale Ausgrenzung israelischer Mediziner oder für einen akademischen und kulturellen Ausschluss von Israel.

In der Summe scheint es also um eine totale Ausgrenzung des Judenstaats zu gehen. Wer symbolische Mauern baut, kann keine politischen Konflikte lösen. Er verschärft sie vielmehr. Und er verliert überdies die Legitimation, Israel wegen des realen Mauerbaus gegen die Palästinenser zu kritisieren. Zusätzlich bedenklich ist es, wenn sogar eine Journalistengewerkschaft zu einem Warenboykott aufruft, wie dies die britische NUJ vor vier Jahren tat. Auf diese Weise büssen auch die Informationsvermittler ihre Glaubwürdigkeit ein.

Israel wird also regelmässig zum Objekt von Boykottaktionen. Andere Länder jedoch, welche punkto Menschenrechte alles andere als Vorbilder sind, bleiben von solchen Massnahmen verschont. Gewiss, wer gegen ungerechte Zustände kämpft, kann nicht ständig das gesamte Elend auf dem Planeten ins Auge fassen. Eine Kritik an Israel verliert darum nicht ihre Berechtigung, nur weil sie andere Staaten ausblendet. Aber es befremdet, wenn bei politischen Kampagnen meist dasselbe Land ins Visier gerät. Da keimt unweigerlich der Verdacht, es könnten bei derartigen Aktionen auch weniger salonfähige Gefühle mit im Spiel sein.